



9. 2.

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/23 - 28.1.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039890

Kanzler-Illusionen verblassen	S. 1
Britisches Unterhaus vor dem Sturm	S. 3
Aus Otto Brauns "Erinnerungen"	S. 5
Eisler - ein politisch toter Mann	S. 6

Folgen schwerer Versäumnisse

(sp) In zwei Punkten hat am Wochenende die Bundesregierung diplomatische Vorstöße gegen Zumutungen unternommen, die offenbar nun auch ihr untragbar erscheinen - in der Saarfrage und in der Frage des künftigen Verhältnisses der Bundesrepublik zur atlantischen Gemeinschaft, zur NATO. Die Einwände und Forderungen kommen spät.

Das gilt insbesondere für den Anlaß zu einer Beschwerde gegen die französische Saarpolitik. Wenn in Kreisen, die der Regierung nahe stehen, jetzt mit gekränkter Miene darauf verwiesen wird, die Ernennung Grandvals zum französischen Botschafter in Saarbrücken sei gerade deshalb so bedauerlich, weil der Kanzler doch bisher in seiner Saarpolitik so viel Verständnis für den französischen Standpunkt aufgebracht habe, so berührt das den Kern der Kritik der Opposition an der Außenpolitik des Kanzlers. Denn gerade dieses betonte "Verständnis" hat nicht allein im vorliegenden, sondern in vielen anderen Fällen immer wieder die Kräfte bei den Besatzungsmächten ermuntert, die glaubten, aus solchem Entgegenkommen nur den Schluß einer umso größeren eigenen Unnachgiebigkeit ziehen zu sollen.

Die Ernennung Grandvals und mehr fast noch die schon zynisch zu nennende Art der Begründung dieses Schrittes, die selbst der Kanzler als "unbefriedigend" bezeichnen mußte, ist ein

klassisches Beispiel für diese Politik. Ein rechtzeitiges Deutlichwerden gegenüber der unmöglichen Saarpolitik der französischen Regierung schon bei früheren Anlässen, wie es von der Sozialdemokratie immer wieder verlangt worden ist, hätte von vornherein verhindert, daß die Dinge sich bis zum gegenwärtigen Punkt entwickelten. Die erst kürzlich abgegebene Versicherung des Kanzlers, er sei fest überzeugt, daß die Saarfrage sich in absehbarer Zeit im deutschen Sinne werde regeln lassen ~~ist~~, ist, wieder einmal, durch die Franzosen widerlegt. Eine viel befahdene Voraussage ist damit zu bitterer Wirklichkeit geworden.

Den anderen Vorstoß hat, natürlich im Auftrage Dr. Adenauers, Staatssekretär Hallstein in Paris auf der Außenministerkonferenz der Plevén-Plan-Staaten unternommen, die sich daraufhin sofort vertagte. Der Vorstoß verlangt, Deutschland an den Atlantik-Pakt aufzunehmen - unter Hinzufügen von zwei Alternativ-Vorschlägen für eine Zwischenlösung, wenn sich die grundsätzliche Forderung nicht sofort erfüllen lassen sollte. Zunächst einmal bestätigt dieser Vorstoß in vollem Umfange die sozialdemokratische These, daß entgegen den bisherigen offiziellen deutschen Verlautbarungen die Gleichberechtigung der Bundesrepublik Deutschland im europäischen Verteidigungssystem keineswegs erreicht ist. Der Schritt Hallsteins offenbart von neuem das Fiasco der Verteidigungspolitik des Kanzlers, die ihn in immer neue Zwangslagen bringt.

Die Vorgänge im Zusammenhang mit der Saarfrage und der Plevén-Plan-Konferenz beweisen die Richtigkeit der sozialdemokratischen Feststellung, daß die bisherige Regierungspropaganda für einen deutschen Wehrbeitrag politisch in keiner Weise dem gegenwärtigen Stand der internationalen Situation entspricht. Die der Regierung nach Berichten unterstellte Absicht, die für den 7. und 8. Februar in Aussicht genommene Debatte bis zur Klärung der Saarfrage zu vertagen, erscheint unverständlich. Denn wenn der Regierung daran läge, an dieser lebenswichtigen Frage das Parlament ausführlich zu informieren, dann müßte ihr gerade jetzt daran gelegen sein, dies unter Berücksichtigung der durch die erwähnten Vorgänge eingetretenen Verschärfung in der gesamten Verhandlungssituation zu tun.

Beide Ereignisse zeigen schließlich, daß offenbar auch die Bundesregierung sich immer weniger dem zwingenden Argument der Opposition widersetzen kann, daß für jede auer versprechende, echte Gemeinschaftsbildung im europäischen oder internationalen Rahmen nicht das verkündete, sondern allein das realisierte Prinzip der Gleichberechtigung bestimmend sein kann.

Labour-Opposition greift an

B.C. - London, Ende Januar

Am Dienstag, dem 29. Januar, tritt das Unterhaus nach den ihm zudiktierten ungewöhnlich langen Weihnachtsferien wieder zusammen. Premierminister Churchill wird sich dem Parlament stellen müssen, um das magere Ergebnis seiner Reise nach Washington zu erläutern, das von der breiten Öffentlichkeit bis tief in die Kreise seiner eigenen Partei hinein mit wachsendem Unbehagen betrachtet wird. Labour wird bereits in der ersten, spätestens jedoch der zweiten Woche eine "full dress" Debatte der Außenpolitik verlangen und auch die von der Regierung geforderten Wirtschaftsmaßnahmen sehr kritisch unter die Lupe nehmen.

Politisch erfüllt der Blankoscheck, den Churchill den Amerikanern hinsichtlich Koreas gegeben hat, das ganze Land mit schwerster Sorge. Er hat, wie erinnerlich, zugesichert, daß Großbritannien der USA volle Unterstützung geben werde in Maßnahmen gegen China - Bombardierung des mandschurischen Industriegebietes und Blockade der chinesischen Küste - im Falle eines Niederbruches der Waffenstillstandsverhandlungen oder einer Verletzung der Waffenruhe, falls diese zum Abschluß gelangt. Zwar bezweifeln wenige in England die ehrliche Absicht des amerikanischen Generals Ridgway, in Korea tatsächlich ein Ende der Feindseligkeiten herbeizuführen, doch ist man sich darüber klar, daß die Gefahr einer Torpedierung dieser Bemühungen durch interessierte Kreise, wie z.B. die südkoreanischen Nationalisten um Syngman Rhee und die Formosa-Chinesen Tschiang Kai-scheks, sehr naheliegt, wobei man vielfach an die geheimnisvollen Flugzeuge denkt, die immer wieder die Neutralitätszone um Kaisong mit Bomben belegen. Außerdem besteht ja auch die Möglichkeit, daß Senator Taft Ende dieses Jahres zum Präsidenten der USA gewählt wird, und in der Hand dieses Exponenten der "China Lobby" (jener Druckgruppen, die mit aller Gewalt das korrupte Kuomintang-Regime wieder an die Macht auf dem chinesischen Festlande bringen wollen, selbst auf Kosten eines Weltkrieges) würde Churchills "Blankoscheck" sehr viel gefährlicher sein, als in den Händen Trumans und Achesons.

Neben dieser Hauptsorge, die nicht nur die Labour-Party erfüllt, sondern von fast der ganzen politisch bewußten Öffentlichkeit geteilt wird, werden Attlee und Herbert Morrison nicht verfehlen, auf die anderen Mißerfolge von Churchills Mission hinzuweisen: Seinem Zugeständnis des atlantischen Oberbefehls an einen amerikanischen Admiral (das Churchill in Opposition mit Hohn und Spott überschüttete, als Attlee ihm damals zuzustimmen versah), Amerikas Ablehnung, sich an der Verteidigung des Mittleren Ostens zu beteiligen, die Nichterfüllung von Churchills Herzenswunsch, auf einer persönlichen Konferenz zwischen Truman, Stalin und ihm selbst sich der Welt als dem großen Friedensmacher vorzustellen und Washingtons glatte Weigerung, Großbritannien an der Erzeugung von Atombomben zu beteiligen.

Wirtschaftlich wird es Churchill schwer fallen, dem Parlament seine Metallabschlüsse schmackhaft zu machen, unter denen Amerika der britischen Industrie eine Million Tonnen Stahl (und zwar nicht etwa Walzprodukte, sondern 800000 Tonnen Barren und 200000 Tonnen Schrott) zu dem phantastischen Preise von 52 Pfund Sterling je Tonne c.i.f. (Preis ab britischem Werk ist 26 Pfund) liefern wird, wogegen die britische Regierung der USA 20000 Tonnen malayischen Zinn um 25% billiger, als der Weltmarktpreis gibt, den Amerika an Bolivien zahlt, und den auch das britische Schatzamt (also der Steuerzahler) Malaya bezahlen muß - allerdings nicht in Dollars, sondern in Sterling. Churchills dilettantischer Versuch, als Metallgroßhändler aufzutreten, wird also Großbritannien etwa drei Millionen Pfund kosten, und selbst die Times greift dieses Metallgeschäft mit blödsinnigen Worten an.

Innenpolitisch werden ebenfalls Funken stieben. Schatzkanzler Butler will den Schuletat um 10% beschneiden, und die Volksschulpflichtzeit um ein Jahr verkürzen, eine Maßnahme, die provozierend auf Labour wirkt. Das vorschnelle Versagen der konservativen Regierung, die Lebenshaltungskosten, wie vor der Wahl versprochen, zu senken, die im Gegenteil seit Oktober immer steiler ansteigen, die Millionenengeschenke an die Finanziers der "City" durch die Erhöhung des Bankdiskonts und die Erlaubnis zur Ausgabe "junger" Aktien, geben der Labour-Opposition ein breites Angriffsgelände.

Das Land beginnt zu erkennen, daß auch die Toryregierung nur mit Wasser kochen kann, daß aber das Wasser in der Brühe der Labour-Regierung reiner von ungeschmackhaften Beimischungen zu sein pflegte.

Fünf Minuten vor zwölf

Eine Erinnerung an die Tage der "Machtübernahme"

Unter den mancherlei Erinnerungen, die in den letzten Jahren aus der Zeit der Weimarer Republik und des Dritten Reiches erschienen sind, geschrieben von Männern, die damals in vorderster Linie oder sonst an Kommandostellen der deutschen Politik standen, nimmt das erstmals 1943 in der Schweiz erschienene Buch "Von Weimar zu Hitler" von Otto Braun, dem langjährigen Ministerpräsidenten Preussens, eine bedeutsame Stelle ein. In dieser Rückschau gibt es nun einige Seiten, die von einem wenig bekannten Vorgang erzählen, der in jenen Tagen spielte, die man in Deutschland niemals vergessen sollte, weil sie der Anfang vom Ende waren, in den Tagen des Januar 1933, in den Tagen der sogenannten Machtergreifung.

Otto Braun berichtet hier von einer Unterredung, die er mit dem eben noch im Amt befindlichen Reichskanzler, dem General von Schleicher am 6. Januar 1933 hatte. An dem gleichen Tage, da Hindenburg den politischen Kulissenschieber von Papen empfing, wobei Papen den Sturz Schleichers und die Berufung Hitlers beim Reichspräsidenten vorbereitete, nachdem er zwei Tage zuvor in Köln zusammen mit Hitler bei dem Bankier von Schröder den finanziellen Bankrott der NSDAP abzuwenden verstanden hatte. So nahe lagen in jenen Tagen die schicksalhaften Dinge beisammen.

Otto Braun ist sicherlich nicht sehr gern zu Schleicher gegangen - dem intriganten General aus der Bendlerstraße, der nun im Reichskanzlerpalais residierte, schätzte er nicht. Aber als preussischer Ministerpräsident und demokratischer Politiker wollte er die letzte, allerletzte Möglichkeit nicht verpassen, um abzuwenden, was sonst an Furchtbarem kommen mußte - und dann ja auch kam.

Braun erklärte Schleicher, dem ebenfalls nicht verborgen war, wohin die Dinge trabeen, er solle die Verordnung über den Reichskommissar in Preußen aufheben, die das Werk Papens gewesen war, um die demokratische Preussenregierung in ihren Funktionen lahmzulegen. Dann solle er den Reichstag auflösen, und er, der wieder in seine Rechte eingesetzte preussische Ministerpräsident, würde gleichzeitig

den preußischen Landtag auflösen. Die Wahlen sollten bis weit ins Frühjahr hinausgeschoben werden. Die Nazis hatten bei der Wahl im November bereits zwei Millionen Stimmen verloren - der Rutsch wird weitergehen: "Denn eine durch Demagogie hochgetriebene, vornehmlich von Desperados und Stellenjägern getragene, aus dunklen Finanzquellen gespeiste Bewegung", sagte Braun, "stürzt ebenso Lawinenartig ab, wenn sie rückläufig wird und die Finanzquellen nicht mehr fließen. Dann bekommen wir arbeitsfähige Parlamente; auch die Wirtschaftskrise hat ihren Höhepunkt überschritten".

Das war der an sich einfache, aber, man darf das heute wohl sagen, mit größter Wahrscheinlichkeit erfolversprechende Plan Otto Brauns. Er erklärte sich auch bereit, mit Schleicher zum Reichspräsidenten zu gehen und diesen Vorschlag gemeinsam vorzutragen: "Es müßte mit dem Teufel zugehen", meinte Braun, "wenn es uns nicht gelänge, Hindenburg von der Notwendigkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen!"

Aber, kaum ausgesprochen, war der Plan schon gescheitert. Schleicher hatte auf eine völlig falsche Karte gegen Hitler gesetzt, auf Gregor Strasser. Und so behielt Otto Braun nur in einem recht: Bald, allzubald "ging es mit dem Teufel zu", anders freilich, als er es gemeint hatte, und Schleicher zahlte anderthalb Jahre später, 1934, mit seinem Leben dafür, daß er damals dem politisch erfahrenen sozialdemokratischen Ratgeber nicht gefolgt war.

RGH

+ + +

Vom Propagandachef zur Attrappe herabgesunken

(ap) Die dreijährige Krise um den Leiter des Sowjetzonen-Informationscamtes, Gerhart Eisler, ist ganz nach kommunistischer Praxis und unbemerkt durch die große Öffentlichkeit abgeschlossen worden. Eisler ist faktisch nicht mehr der Leiter des AfI. Ulbricht setzte ihm den aus Thüringen herbeigeholten Leiter des dortigen Amtes für Informationen bei der Landesregierung, Senkbusch, vor die Nase, einen linksentreuen Kommunisten, der den Vorzug besitzt, das volle Vertrauen Ulbrichts zu genießen. Eisler darf nur noch Unterschriften leisten. Im Grunde ist er aber ein politisch toter Mann, der vom SSD überwacht wird und der keinen Schritt ohne Wissen seiner Überwacher zu tun vermag.

Damit ist Walter Ulbricht auch in dieser Angelegenheit, die für ihn eine Prestigefrage war, erwartungsgemäß Sieger geblieben. Die Position Eislers wankte seit langen, eigentlich seit seiner Amtsübernahme, die gegen den Willen Ulbrichts geschah. Ulbricht sah bereits vor 1933 in dem "Versöhnler" Eisler seinen erklärten Gegner. Dazu kommt, daß Eisler den Krieg über nicht in Moskau, sondern in den USA gewesen war, zwar mit sowjetischen Aufträgen, aber eben nicht in Moskau, unter der Fuchtel stalinistischer Kontrolleure.

Seit der ulbrichtischen Aktion gegen Lex Ende, Merker, den anderen "Versöhnler" und später gegen die Gruppe der Westemigranten schützte Eisler eigentlich nur noch die Tatsache, daß der Propagandamythos des sowjetischen Agenten Eisler als Märtyrer des "American way of life" noch zu frisch war. Alle eifrigen Bemühungen Eislers, mit Ulbricht in vertrauensvolle Beziehung oder wenigstens ein vernünftiges Verhältnis zu kommen, blieben erfolglos. Ulbricht konnte Eisler gegenüber das völlige Scheitern der kommunistischen Propaganda ins Feld führen. Eisler half weder die erfundene Mär von den us-imperialistischen Kartoffelkäfern, noch die Herausgabe von Hetzbrochüren über die USA. Selbst der Kniefall im Sommer 1951, mit dem er seiner versöhnlerischen Vergangenheit abzuschwören suchte, rettete ihn nicht. Ulbricht blieb unerbittlich. Eisler ist zur unbedeutenden Attrappe geworden.

+ + +

Stammtisch - Runde

-er. Als erste Stadt der Bundesrepublik wird die Stadt Lübbecke bei Münster einen deutsch-englischen Stammtisch erhalten. Auf Anregung des dortigen britischen Kreis-Residentenoffiziers Donner. Besagter Stammtisch soll in offener Aussprache alle Probleme, die durch die Besatzungsmacht ausgelöst werden, erörtern.

Das Vorhaben des Mr. Donner in allen Ehren. Ein gemeinsamer Whisky- und Biertrank mag die Menschen schon nahebringen. Aber es wäre schlecht, griffen Stammtischgewohnheiten auch auf den Bereich der großen Politik über. In den sechs Jahren der Besatzungszeit, die nur zu Ende gehen soll, hatten wir oft den Eindruck, daß Stammtischgeist bei großen Entscheidungen Fata stand. So fiel das verhängnisvolle Wort von der bedingungslosen Kapitulation bei einer fröhlichen Tafelrunde im sonnigen Casablanca... Doch jedes zu seiner Zeit und an seinem Platz. Wenn der Stammtisch des Mr. Donner und der deutschen Bürger von Lübbecke das Ende des Stammtischglaubens in der großen Politik auf diese menschlich sympathische Art ankündigt, kann es nur recht sein. So heikle Probleme, wie Besatzungskosten, Sicherheitsvertrag und deutsche Wiederausrüstung sollte diese deutsch-englische Tafelrunde freilich meiden wie der Teufel das Weihwasser.

Verantwortlich: Peter Rasmann